



Dr. Lina Seitzl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro

Sigismundstraße 10
78462 Konstanz

lina.seitzl.wk@bundestag.de
lina-seitzl.de

Medienkontakt

Tanja Rebmann
Tel.: 07531 5846690
Lina.Seitzl.ma02@bundestag.de

13.12.2022

Information für die Medien

SPD-Bundestagsabgeordnete Dr Lina Seitzl: Erweiterte Energiepreisbremse entlastet Verbraucherinnen und Verbraucher beim Strom sowie bei Gas, Pellet- und Ölheizungen.

Die Energiepreisbremsen für Strom und Gas kommen zum 1. Januar 2023. Diese gute Nachricht für Verbraucherinnen und Verbraucher im Landkreis Konstanz verkündet die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Lina Seitzl. Mit der erweiterten Energiepreisbremse werden dabei auch Härtefallregelungen für Öl-, Pellet- und Flüssiggasheizungen geschaffen.

Private Haushalte und Unternehmen bekommen ab Januar 2023 einen Teil ihrer Strom- und Gasrechnungen. Für private Kunden werden 80% des Strom- und Gasverbrauchs auf 40 Cent bzw. 12 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt. Für den restlichen Verbrauch gilt der aktuelle Marktpreis. Das setzt weitere Anreize zum Energiesparen.

„Mit diesen Maßnahmen verhindern wir eine Kostenexplosion. Energie muss für alle bezahlbar bleiben. Dafür sorgen wir. Besonders freue ich mich, dass sich die Koalitionsfraktionen auf eine Härtefallregelung für Öl-, Pellet- und Flüssiggasheizungen geeinigt haben“, erläutert die Bundestagsabgeordnete. Wenn ihre Heizungsrechnungen 2022 sich mehr als verdoppelt haben, können Verbraucherinnen und Verbraucher 80% ihrer Kosten, die über der doppelten Erhöhung liegen, vom Staat zurückbekommen. Die Ampelkoalition wird diese Kosten mit einem Sonderfonds von 1,8 Mrd. Euro decken. Zuständig für die Abwicklung und Auszahlung sind die Länder.

„Die Härtefallregelung ist wichtig, damit niemand mit den steigenden Energiekosten allein gelassen wird. Gerade in Baden-Württemberg wird vermehrt mit Heizöl und Pellets geheizt. Deshalb ist die erweiterte Energiepreisbremse für unsere Region besonders wichtig. Das habe ich in den vergangenen Wochen auch in vielen Gesprächen mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern feststellen können“, so Seitzl.